*

Vor dem Parteitag in Leipzig gibt es erneut eine Meinungsverschiedenheit zwischen Partei- und Fraktionsführung in der Flüchtlingspolitik. Dabei geht es der LINKEN gar nicht so schlecht. Das belegt die derzeitige Mitgliederentwicklung.

Wahlkampfveranstaltung der LINKEN in Hameln 2009 Foto: imago/photothek

Die LINKE wird jünger und westdeutscher

Nach Jahren des Mitgliederverlusts gehen die Zahlen seit einiger Zeit wieder nach oben

In der Mitglieder- und Wählerschaft der LINKEN finden derzeit Verschiebungen statt. Fraglich ist, ob sie neben ihrer positiven Entwicklung im Westen im Osten eine Volkspartei bleiben kann.

Von Fabian Lambeck und Aert van Riel

»Unsere Partei war in dem Sinne schon immer ein Gesellschaftsentwurf im Kleinen, wie das gemeinsame Lernen Ost-West funktionieren kann.«
Katja Kipping

Jahrelang schrumpfte die Mitgliederzahl der LINKEN und vor ihr der PDS. Zählte man im Jahr 1991 noch mehr als 172 000 Genossinnen und Genossen, waren es 2005 nur noch etwas mehr als 61 000. Der Vereinigung mit der WASG brachte ein zwischenzeitliches Hoch auf rund 79 000 im Jahre 2009. Doch nachdem die Anfangseuphorie über die neue Linkspartei verflogen war und die Landesverbände ihre Mitgliederlisten um Karteileichen bereinigt hatten, erreichte die Partei 2016 einen neuen Tiefststand. Nicht einmal mehr 59 000 Menschen verfügten über ein Parteibuch der LINKEN.

Doch die Statistik täuschte. Denn die Partei verzeichnete in jenem Jahr, in dem Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen triumphierte, so viele Eintritte wie zuletzt 2009. Der Aufstieg der Rechtspopulisten in Übersee und in Europa bescherte den Parteien des Mitte-links-Spektrums in Deutschland Zuwächse. Auch 2017 hielt dieser Trend auch in der LINKEN an und verstärkte sich sogar. Im Karl-Liebknecht-Haus registrierte man mehr als 8500 Neueintritte. Mittlerweile zählt die Linkspartei 62 339 Mitglieder.

Doch wer sind diese Neumitglieder und was treibt sie an? »Wir gewinnen neue Mitglieder eher in Ballungsräumen«, heißt es dazu in einem Papier der Bundesgeschäftsstelle, das »nd« vorliegt. Demnach sind zwei Drittel der neuen Mitglieder 35 Jahre alt oder jünger. Die Partei wird aber nicht nur jünger, sondern auch westdeutscher. Denn 72 Prozent der Neueintritte erfolgten im Westen, 15 Prozent in den ostdeutschen Flächenländern und 13 Prozent in Berlin. Dementsprechend konträr sind die Entwicklungen in beiden Landesteilen. Während die LINKE im Osten im vergangenen Jahr auf 26 223 Mitglieder schrumpfte, legte sie in den alten Bundsländern deutlich zu – auf nun 28 096 Mitglieder.

Da viele der knapp 8000 Berliner Genossinnen und Genossen ihren Verband im Ostteil der Stadt haben, dürften die Ossis noch leicht in der Überzahl sein. Doch das wird wohl nicht mehr lange so sein. Ein Blick auf die Altersstruktur der Landesverbände zeigt, mit welchen Entwicklungen zu rechnen ist. In Mecklenburg-Vorpommern etwa sind 44 Prozent der Mitglieder 76 Jahre alt oder älter. Ähnlich sieht es in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen aus. Dagegen gehören in Nordrhein-Westfalen nur etwa drei Prozent der LINKEN dieser Alterskohorte an.

Lässt sich daraus also die Schlussfolgerung ziehen, dass die Alten im Osten und die Jungen im Westen dominieren? Man sollte hier zumindest differenzieren. In Sachsen etwa wächst die Linkspartei ebenfalls, vor allem in den Metropolen wie Leipzig. Zudem kann die Partei auf ihre alten Genossinnen und Genossen im Osten nicht verzichten. Sie zahlen nämlich die höchsten Beiträge.

Die Ost-West-Unterschiede verschwimmen immerhin teilweise. So gibt es in der Partei zahlreiche Grenzgänger wie die Bundestagsabgeordneten Jan Korte, Caren Lay oder Martina Renner, die als Westdeutsche ihren Wahlkreis im Osten haben. Auf der anderen Seite sind die gebürtigen Ostdeutschen Sahra Wagenknecht, Thomas Lutze und Simone Barrientos in westdeutschen Landesverbänden verankert.

Die Parteivorsitzende Katja Kipping sieht die »vielen jungen Neumitglieder als eine wahrhaftige Bereicherung für den parteiinternen Diskurs«. Auch die Erfahrung der Mitglieder im Osten bezeichnet sie als »wertvoll«. »Unsere Partei war in dem Sinne schon immer ein Gesellschaftsentwurf im Kleinen, wie das gemeinsame Lernen Ost-West funktionieren kann. Die LINKE ist und bleibt die Stimme des Ostens«, so Kipping.

Nach Angaben des Vorstands ist das Milieu der Neumitglieder oftmals akademisch und links beziehungsweise linksgrün geprägt. Arbeiter und Erwerbslose sind unterrepräsentiert. Nur 20 Prozent der berufstätigen Menschen, die vergangenes Jahr über das Internet in die LINKE eingetreten waren, arbeiten in Produktionsberufen. 8,5 Prozent aller Neumitglieder gaben an, erwerbslos zu sein beziehungsweise Hartz IV zu beziehen.

Diese Zahlen dürften die Debatten darüber befeuern, welche Milieus die LINKE derzeit anspricht. Denn die bundesweit positive Bilanz beim Gewinn von neuen Wählern und Mitgliedern kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei zugleich in vielen Gegenden des ländlichen Raums und bei sozial Abgehängten an Zuspruch verloren hat.

Streit über möglichen BAMF-Untersuchungsausschuss

Kurz vor Beginn des Leipziger Parteitags der LINKEN werden erneut Differenzen zwischen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht deutlich

Die Opposition im Bundestag fordert Aufklärung zur BAMF-Affäre. Doch umstritten ist, wie hierbei vorgegangen werden soll.

Wagenknecht teilt nicht die Einschätzung der Parteispitze, dass zwei rechte Parteien einen Ausschuss fordern.

Berlin. In der LINKEN ist ein offener Streit über einen möglichen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgebrochen. Parteichefin Katja Kipping sagte der dpa: »Ich bin gegen einen Untersuchungsausschuss.«

Fraktionschefin Sahra Wagenknecht ist anderer Meinung. »Es kann eine Situation entstehen, wo ein Untersuchungsausschuss unerlässlich wird«, erklärte sie. »Wenn im Innenausschuss keine ernsthafte Aufklärung stattfindet und wir das Gefühl bekommen, dass weiter vertuscht und verschleppt wird, dann gäbe es nur das Instrument des Untersuchungsausschusses«, so Wagenknecht. »Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wird im Parlament entschieden – da ist die Positionierung der Fraktion maßgeblich.«

Am Donnerstagnachmittag wurde im Bundestag über einen Antrag der FDP debattiert, in dem die Fraktion fordert, die Vorgänge im BAMF von einem solchen Parlamentsgremium durchleuchten zu lassen. Die AfD beantragt einen Untersuchungsausschuss zur Asyl- und Migrationspolitik insgesamt. Die Bremer Außenstelle des BAMF soll viele positive Asylentscheidungen ohne ausreichende Prüfungen und Gründe gefällt haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt unter anderem gegen die frühere Außenstellenleiterin.

»Es muss Aufklärung geben. Dafür gibt es Instrumente, die bei Behörden und der Strafverfolgung liegen«, so Kipping. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sei hier nicht das geeignete Instrument. Die Linksparteichefin warf FDP und AfD vor, dass es ihnen bei dem Ruf nach einem solchen Gremium darum gehe, Geflüchtete als Problem und Gefahr darzustellen. »Dieses Anliegen teilt bei der LINKEN niemand.«

Wagenknecht hat »die Wortmeldung aus der Parteiführung, dass ein Ausschuss von ›zwei rechten Parteien‹ gefordert werde, mit Erstaunen zur Kenntnis genommen«. Die LINKE habe große Differenzen mit der FDP. »Aber sie als rechte Partei abzuqualifizieren, halte ich für unangemessen«, so Wagenknecht.

Kipping sagte, man solle die 1200 Fälle mit vermeintlichen Fehlern ins Verhältnis setzen zu den 37 000 Verfahren zuungunsten der Schutzsuchenden. »Sie wurden vom Gericht kassiert oder von der Innenüberprüfung des BAMF zurückgezogen.«

Das Thema wird wohl auch auf dem Leipziger Parteitag am Wochenende debattiert. Linksjugend, Die Linke.SDS sowie die Kreisverbände Frankfurt am Main, Augsburg und Essen haben beantragt, dass der Bundesparteitag die Linksfraktion auffordert, nicht für einen Untersuchungsausschuss zu stimmen. *dpa/nd*

Antrag zur Lage des »nd«

Beim LINKE-Parteitag wird auch über die Zukunft von »neues deutschland« diskutiert, das sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet. Wir dokumentieren einen Antrag hierzu.

Solidarität konkret: »nd« abonnieren! Zeitung und Arbeitsplätze sichern. Das »nd« befindet sich aktuell in einer schweren Krise. Die Auflage sinkt seit Jahren. In diesen Zeiten braucht es Solidarität und ein klares Bekenntnis unserer Partei zur Zukunft der sozialistischen Tageszeitung »neues deutschland«.

Vom Leipziger Parteitag sendet DIE LINKE ein Zeichen der Solidarität an die Beschäftigten des »nd«. Sie leisten täglich einen immensen Beitrag zum Erhalt dieser Zeitung. Seit Jahren nehmen sie reale Minusrunden hin. Die Frage, wie wir als Gesellschafterin in dieser Krise agieren, berührt die Glaubwürdigkeit der Politik der LINKEN insgesamt. DIE LINKE hat Verantwortung für die Existenz dieser Zeitung. Sie hat diese in den letzten 28 Jahren wahrgenommen und wird diese auch in Zukunft wahrnehmen. Über die FEVAC – die Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – sind wir zu 50 Prozent Gesellschafterin des »nd«. Wir sind der festen Überzeugung, eine unabhängige sozialistische Tageszeitung ist notwendiger denn je. Gerade angesichts der Rechtsentwicklung darf eine linke Gegenöffentlichkeit wie das »nd« nicht verschwinden. Die redaktionelle Unabhängigkeit muss dabei auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, darauf hinzuwirken, dass Gesellschafter, Geschäftsführung, Chefredaktion, Verlagsleitung und Belegschaft gemeinsam ein Lösungskonzept für das »nd« entwickeln.

Alle Genossinnen und Genossen, Gliederungen der Partei sowie Abgeordnetenbüros in Bund und Ländern rufen wir dazu auf, das »nd« mit einem Abo – gern auch digital – zu unterstützen. So sichern wir die Zukunft des »nd« und die Arbeitsplätze seiner Beschäftigten.

Einbringer sind Jan Marose und Malte Heidorn.

*

Grenzdebatten, wenig offen

Vor dem Parteitag verhaken sich die LINKEN im Streit über eine internationalistische Einwanderungspolitik

Eine Einwanderungsdebatte hat die LINKE ergriffen, nachdem Flucht und Migration in Deutschland zu einer politischen Ausnahmesituation führten und Teile der Partei eine Kursänderung verlangten.

Von Uwe Kalbe

Unterschiedliche Phasen der Flüchtlingspolitik: Ankunft und Willkommenskultur... Foto: dpa/Carsten Rehder

...die Debatten über Integration auf dem Arbeitsmarkt... Foto: dpa/Martin Schutt

...und die rigide Abschiebe- und Abschottungspolitik haben auch den Diskurs der LINKEN beeinflusst. Foto: dpa/Daniel Maurer

Eigentlich sollte Einwanderung kein Thema des Parteitages sein. Eigentlich sollten die Genossen in Leipzig über soziale Brennpunktthemen wie Wohnen und Pflege diskutieren, die Kampagnen der Partei hierzu in Stellung bringen und eine neue Führung wählen. Doch die Debatten der letzten Monate haben die Planung verändert. Seit Oskar Lafontaine die Flüchtlingspolitik auch der LINKEN kritisierte und er sowie Sahra Wagenknecht Einwanderungsfragen in einen Zusammenhang mit Belastungsgrenzen brachten, ist die Gewissheit dahin, die im Parteiprogramm lapidar und mit großer Geste zusammengefasst ist: »Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.«

Grenzdebatten sind nun auch in Leipzig fest eingeplant, wobei schon absehbar ist, dass der Parteitag die Fronten nicht begradigen wird. Der Leitantrag des Vorstands sieht in der Tonart des Programms folgende Formulierung vor: »Eine Einwanderungs- und Integrationspolitik, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder als ›nützlich‹ für Unternehmen gelten, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir eine solidarische Einwanderungsgesellschaft.«

Das ist in der Partei nicht strittig, deshalb dürfte es auch den Segen der Delegierten erhalten. Denn unstrittig ist im Prinzip die Flüchtlingspolitik der Partei, auch wenn Lafontaine diese infrage gestellt hatte. Sahra Wagenknecht hingegen wiederholt immer wieder, dass es ihr um eine Begrenzung der Arbeitsmigration gehe, nicht um Abstriche am Schutz für Flüchtlinge. Doch auch damit erfährt sie heftigen Widerspruch. Strittig sind auch in Leipzig deshalb Papiere, die gar nicht zur Abstimmung stehen, aber den Streit entfacht oder angeheizt haben.

Da ist vor allem der Vorschlag einer Projektgruppe, die im Auftrag der ostdeutschen Landtagsfraktionen eine Konzeption für eine Flüchtlings- und Einwanderungsgesetzgebung erarbeitete. Und obwohl sie diese schon im Januar letzten Jahres vorlegte, findet der Vorschlag erst jetzt wirklich Aufmerksamkeit. Die Gruppe schlägt keine Begrenzung von Einwanderung vor, ihr Entwurf setzt die Vorgabe der »offenen Grenzen« vielmehr um. Das Asylrecht von vor 1993 soll wiederhergestellt werden, Menschen mit einem sozialen Anknüpfungspunkt in Deutschland sollen ein Aufenthaltsrecht erhalten, wobei dies die Mitgliedschaft in einem Sportverein sein kann. Schließlich sollen Hürden zur deutschen Staatsangehörigkeit sinken.

Trotzdem schlägt den Verfassern Widerspruch von links entgegen. Dem Parteitag liegen ein Antrag aus Hessen sowie der Antikapitalistischen Linken in NRW vor, die sich prinzipiell gegen ein linkes Einwanderungsgesetz aussprechen, weil sie meinen, jede noch so liberale Gesetzesregelung verlange auch die Mittel ihrer staatlichen Exekution, also im Ablehnungsfall die Abschiebung. Das widerspreche der Haltung der Partei.

Im April hatte eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten und anderen Mitgliedern der Linkspartei diesem Einwanderungsprojekt aus anderer Perspektive eine Absage erteilt – als einem Modell, demzufolge faktisch jeder einwandern und ein Bleiberecht erhalten dürfe, der kein bekannter Terrorist sei »oder einem vollkommen sozial isolierten Lebenswandel nachgeht«. Dies wäre »für eine realistische linke Migrationspolitik weder zielführend noch der breiten Bevölkerung vermittelbar«, so die Verfasser in ihrem »Thesenpapier zu einer human und sozial regulierenden linken Einwanderungspolitik«, die vornehmlich dem gewerkschaftsnahen Flügel der »Sozialistischen Linken« zugerechnet werden. Sie verteidigen national kontrollierte Grenzen, treten für eine liberale, aber regulierte Einwanderungspolitik ein und verteidigen damit die als Tabubruch empfundene Positionierung Wagenknechts, indem sie argumentieren: »Keine linke Einwanderungspolitik sollte eine Destabilisierung der Gesellschaft und eine Schwächung der Kampfbedingungen der ArbeiterInnenklasse durch Migration billigend in Kauf nehmen, geschweige denn mutwillig herbeiführen.« Die Unterzeichner, zu denen Fabio De Masi, Sabine Zimmermann, Michael Leutert sowie Ralf Krämer gehören, wollen die bestehende Gesetzgebung nicht »in Bausch und Bogen« verwerfen, vielmehr sollte diese »kritisch untersucht und umfassend überarbeitet werden«.

Noch unversöhnlicher als dem Einwanderungsgesetzentwurf schlug danach diesem Thesenpapier parteiinterner Widerspruch entgegen, deren Verfassern prompt vorgeworfen wurde, sich nicht nur vom Programmziel der offenen Grenzen, sondern insgesamt von einer internationalistischen, solidarischen und linken Perspektive in der Migrations- und Asylpolitik zu verabschieden. In zwei Papieren, die danach veröffentlicht wurden, wird dies deutlich. Aus internationalistischer Sicht sei schon die »Unterscheidung zwischen Flucht und Migration künstlich«, schreiben die Autoren, unter ihnen die Flüchtlingspolitikerin und Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Wer definiere denn, was »legitime« Gründe sind, das eigene Land zu verlassen?

Jelpke und ihre Mitstreiter, darunter die Abgeordneten Gökay Akbulut, Niema Movassat und Martina Renner, treffen sich auch mit der Position linker Gewerkschafter, die in einer zweiten Stellungnahme ebenfalls dem Thesenpapier der »Sozialisten« widersprechen. Die Autoren – mit und ohne Parteibuch der LINKEN – werfen dessen Urhebern vor, Menschen, die aus wirtschaftlicher Not fliehen, in konservativer Manier zu Wirtschaftsflüchtlingen zu degradieren, die angeblich eine Alternative zur Flucht hätten – anders als politische Flüchtlinge. Wirtschaftliche Not sei aber wesentlicher Grund für Migration, es sei falsch, für »wesentliche fluchtverursachende Notlagen Obergrenzen bei der Aufnahme« zu fordern. Obergrenzen trügen die »Forderung nach Ausgrenzung und damit Selektion in sich«.

Aus beiden Papieren der Kritiker des »Thesenpapiers« spricht zudem die Hoffnung auf eine umwälzerische soziale Kraft, die aus Migration erwachsen könnte. Auf die Spitze hat diese Position unlängst Mario Neumann mit einem Beitrag in der »taz« getrieben, der den destruktiven Charakter der Migrationsbewegungen lobte und herbeiwünschte. Die Stärke der Migrationsbewegungen und die transnationale Solidarität »rütteln an der staatlich verfassten, globalen Ordnung der Exklusion«. Linke Migrationspolitik könne es »überhaupt nur geben«, wenn sie die »Perspektive der Kämpfe einnimmt – und nicht die Perspektive der Ordnung«. Es gehe um das Recht der Menschen, »die Ordnung infrage zu stellen und Konflikte zu eröffnen«.

Man könnte auch sagen, die Hoffnung besteht hier darin, die Migrationsbewegung möge jene Kämpfe auslösen, für die die einheimische Linke sich als zu schwach oder unfähig erweist. Hingegen argumentieren die Vertreter der Wagenknecht-Position in ihrem Papier von der Basis eines »im Kern nationalstaatlich organisierten Sozialstaats als Instanz einer humanitären und sozialen migrationspolitischen Praxis«. Nur auf dieser »realistischen Grundlage lässt sich eine seriöse Position aufbauen«.

Mitunterzeichner Fabio De Masi erinnert an die Summe der Forderungen, die die LINKE aufstellt: offene Grenzen für alle, soziale Grundsicherung für alle Bedürftigen, die nach Auffassung der LINKEN 1050 Euro betragen soll, baldige Einbürgerung, in deren Folge die volle Freizügigkeit in der EU eintritt. »Damit schwächt man den Kampf um Schutz für Menschen in Not«, sagt De Masi gegenüber »nd«. Weil es das unverzügliche Ende der Freizügigkeit in der Europäischen Union bedeutete; von den finanziellen Konsequenzen ganz abgesehen. »Nicht länger nur Ungarn oder Polen, sondern auch der Rest der EU würde die Grenzen dicht machen.«

Tatsächlich ist fundierten Erhebungen zu entnehmen, dass die Zahl auswanderungswilliger Menschen international wächst. Rund die Hälfte der befragten Afrikaner würde auswandern, wenn sie die Mittel und die Gelegenheit dazu hätten. Jeder Fünfte plant konkret, sein Land in den nächsten fünf Jahren zu verlassen. Doch zugleich ist die Debatte der LINKEN eine weitgehend im Elfenbeinturm geführte. Während keine linke Partei in Europa außerhalb Deutschlands offene Grenzen für alle fordert, wird diese Frage hier zur Haltungsfrage erklärt, ohne dass es für Migranten praktische Konsequenzen hätte. Angesprochen sind vielmehr grundsätzliche Differenzen zur Rolle des Nationalstaats wie auch zu den Folgen von Migration für die Herkunftsländer. Aber auch auf Ziele und Grenzen von Verteilungspolitik erstrecken sich die unterschiedlichen Sichten.

Gemeinsam mit Sabine Zimmermann und Jutta Krellmann hebt De Masi in einer Replik auf die Kritiker des Thesenpapiers auf solche Unterschiede ab. »Wir bezweifeln, dass der Nationalstaat in Zeiten der Globalisierung machtlos ist«, schreiben die drei Bundestagsabgeordneten. »Es gibt Herausforderungen, die sich nur international bewältigen lassen – etwa der Klimawandel.« Aber selbst in der Steuerpolitik seien die politischen Hebel auf nationalstaatlicher Ebene häufig vielversprechender. »Fast die gesamte Sozialpolitik der LINKEN von der Abschaffung von Hartz IV bis armutsfeste Renten richtet sich an den nationalstaatlichen Rahmen, da Steuern und Abgaben nicht international erhoben werden können.«

Oskar Lafontaine hat immer wieder das Argument wiederholt, dass offene Grenzen eine Forderung des Neoliberalismus seien. Er beruft sich dabei beispielsweise auch auf die Positionen von Bernie Sanders. Die übergeordnete These lautet: Das internationale Kapital ist nicht nur Verursacher der weltweiten Migrationsströme, sondern auch Nutznießer. Und es folgte Lafontaines Vorwurf, der Ruf nach offenen Grenzen betreibe das Spiel des Neoliberalismus. Hingegen schreiben Jelpke und ihre Mitstreiter: »Nicht offene Grenzen sind neoliberal, sondern die Abschottung der reichen Staaten ist Vorbedingung für eine ungerechte Weltordnung. Gegen diese ungerechte Weltordnung ist nicht nationaler Burgfriede das Mittel, sondern proletarischer Internationalismus.«

Es geht auch um Machtfragen in der linken deutschen Debatte. Auch darauf macht die Replik von De Masi, Krellmann und Zimmermann aufmerksam. Die drei Bundestagsabgeordneten zitieren ihre Kritikerin Ulla Jelpke aus einem Streitgespräch der Zeitschrift »Prager Frühling«, in dem diese auf die Grenzen der Aufnahmegesellschaft hingewiesen hatte. Jede Gesellschaft habe nur »bestimmte Möglichkeiten, was Schulen, Bildungs- und Arbeitsmarkt angeht.« Parteichef Bernd Riexinger hatte an anderer Stelle festgestellt, es gehe nicht darum, den Eindruck zu erwecken, alle Flüchtlinge sollten nach Deutschland kommen. Und seine Kovorsitzende Katja Kipping meinte in einem Interview mit der »taz«, beim Thema Bewegungsfreiheit gehe es »um eine Haltungsfrage und nicht um eine unmittelbare Umsetzungsperspektive«.

De Masi gibt sich konsterniert: »Was ich nicht verstehe, ist, dass jene, die uns kritisieren, kürzlich selbst noch offene Grenzen für alle als unrealistisch bezeichneten und den guten Kompromiss im Leitantrag, der nur von offenen Grenzen spricht, nun gegen Sahra Wagenknecht interpretieren. Wozu die Partei über eine Phantomdebatte spalten?«

Wenn es um Machfragen geht, geht es immer gleich um alles. In einer Facebook-Debatte hatte Bundesschatzmeister Thomas Nord bemerkt, wer wie Wagenknecht offene Grenzen für alle als neoliberal bezeichne, sei ein Nationalist. Der Parteitag müsse hier endlich eine klare Entscheidung herbeiführen.

Lesen Sie weitere Beiträge zur LINKEN unter: www.dasND.de/linkedebatte

Wagenknecht wirbt für neue Bewegung

Text mit Dramaturg Bernd Stegemann veröffentlicht

Die linke Sammlungsbewegung, die Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht und ihr Ehemann, der frühere Parteivorsitzende Oskar Lafontaine, ins Leben rufen wollen, bietet viel Gesprächsstoff für den Parteitag am Wochenende in Leipzig. Denn die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sind von der Idee keineswegs begeistert. Aus ihrer Sicht ist bereits die Linkspartei eine Sammlungsbewegung. Zusätzliche Strukturen lehnen sie ab.

Wagenknecht treibt ihre Idee weiter voran. Erste Namen von möglichen Partnern kursieren. Der Schriftsteller Ingo Schulze, die Grüne Antje Vollmer, der Liedermacher Konstantin Wecker und der Politologe Wolfgang Streeck sollen interessiert sein. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Marco Bülow und Cansel Kiziltepe sind im Gespräch. Möglicherweise wird man kommende Woche mehr erfahren. Dann wollen Bülow und Kiziltepe konkrete Pläne für ihre »Progressive Soziale Plattform« vorstellen, die ebenfalls linke Kräfte zusammenführen soll.

Wagenknecht hat nun in der »Zeit« einen Artikel mit dem Dramaturgen Bernd Stegemann veröffentlicht, in dem sie für ein linkes Bündnis werben und erneut die Flüchtlingspolitik von angeblich »weiten Teilen der Linken« kritisieren. Diese pflegten ihr »gutes Gefühl in einer Willkommenskultur, um dann die realen Verteilungskämpfe in ein Milieu zu verbannen, das sich weit weg vom eigenen Leben befindet«. Man müsse denjenigen in der Gesellschaft helfen, »die selbst schon an den Rand gedrängt sind«. *avr*

Es geht auch um Machtfragen in der linken Debatte. Auch darauf macht die Replik von De Masi, Krellmann und Zimmermann aufmerksam.